



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Elke von der Beeck

Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 59 58 08
Fax (0202)
E-Mail elke-von-der-beeck@gmx.de

Datum 13.12.2004

Drucks. Nr. VO/3714/04
öffentlich

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
15.12.2004	Hauptausschuss
20.12.2004	Rat der Stadt Wuppertal

Arbeitslosengeld II **Antrag der PDS-Fraktion vom 13.12.2004**

Antrag zur Ratssitzung vom 20. Dezember 2004

Bereitstellung regulärer, arbeitsrechtlich und tariflich abgesicherter Arbeitsplätze anstatt geringfügig bezahlter „Arbeitsgelegenheiten“ der sog. **1 EURO JOBS**

Der Rat der Stadt Wuppertal möge beschließen:

die Stadt Wuppertal wird keine „Arbeitsgelegenheiten“ in Form von **1 EURO JOBS** in der städtischen Verwaltung einrichten oder in städtischen Beteiligungsgesellschaften einrichten lassen.

Stattdessen werden reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zur Erledigung kommunaler Aufgaben eingerichtet. Diese werden mit Langzeitarbeitslosen i.S.v. § 18 SGB III besetzt. Förderungsmittel des SGB III für die Einarbeitung von Langzeitarbeitslosen werden soweit möglich beantragt.

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Freien Wohlfahrtsverbände auf, ebenfalls auf die Einrichtung von untertariflich bezahlten und nicht abgesicherten „Arbeitsgelegenheiten“ zu verzichten und Arbeitsbedarf mit regulären Stellen abzudecken.

Begründung:

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es auch im Bezirk der Arbeitsagentur Wuppertal mehr arbeitsbereite und arbeitsfähige Menschen als offene Stellen gibt, besteht die sozialpolitische Notwendigkeit, anfallenden Arbeitsbedarf mit regulären, sozialversicherungsrechtlich abgesicherten Stellen zu decken. Damit werden zugleich Kosten zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit gesenkt und vermieden, dass Menschen gezwungen sind, restlos unterbezahlt und weder arbeitsrechtlich noch sozialrechtlich abgesichert zu arbeiten.

Der Einsatz von „1-EURO-Kräften“ belegt, dass es Aufgaben gibt, die erledigt werden müssen. Nicht Arbeitsmangel an sich ist mithin Ursache für einen Großteil der Arbeitslosigkeit, sondern Mangel an bereitgestellten Mitteln, solche Aufgaben angemessen erledigen zu lassen. Aufgabe der Stadtverwaltung und ihrer Beteiligungsgesellschaften ist es mithin, der Langzeitarbeitslosigkeit und ihren immensen Folgekosten - auch auf kommunaler Ebene - entgegenzusteuern.

PDS Rats-Fraktion

Elisabeth August

Elke von der Beeck

Gerd-Peter Zielezinski